

# Bürokratieumfrage der Handelsverbände

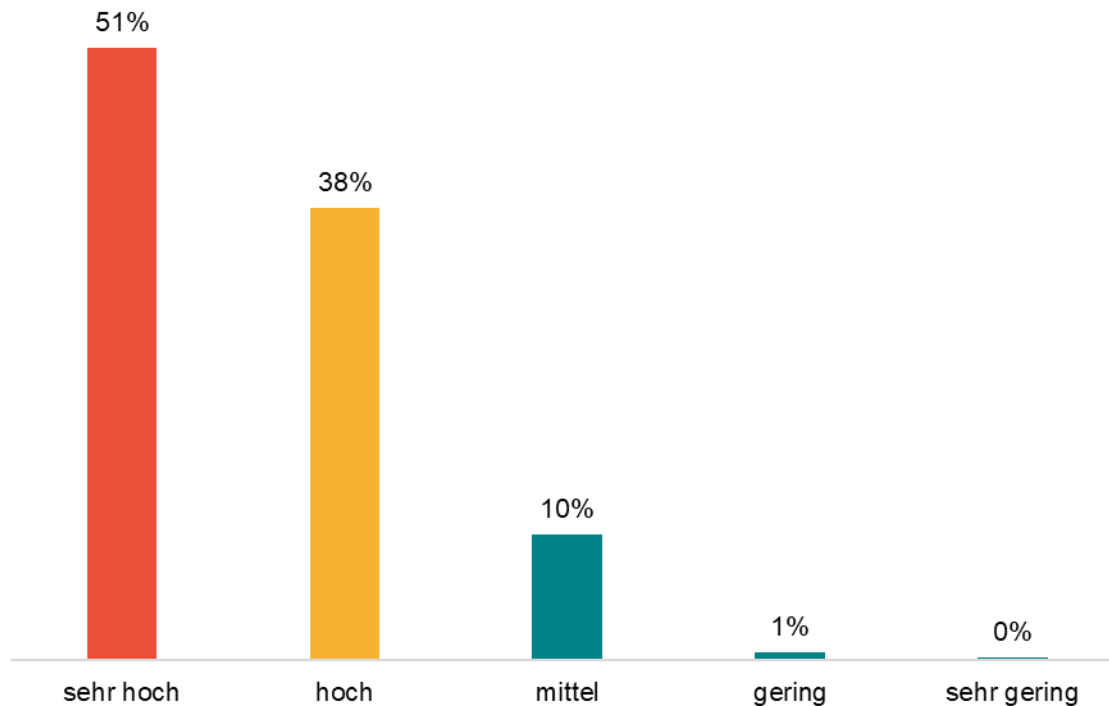
Sommer 2024



# Bürokratieumfrage 2024

## Bürokratie engt Handlungsspielräume ein

Wie hoch schätzen Sie die **bürokratischen Belastungen** für Ihr Unternehmen aktuell ein?

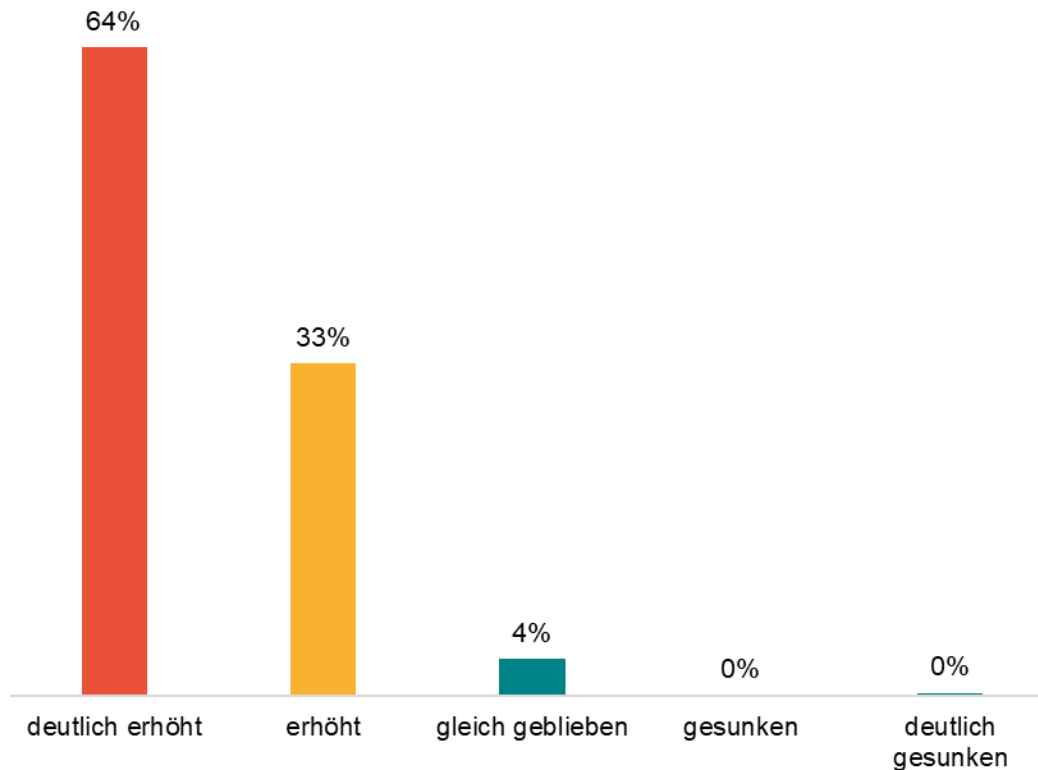


- 89% klagen über hohe Belastungen
- Aktivitäten im stationären und Onlinehandel gleichermaßen betroffen
- Belastungsspitzen mit sehr hoher Bürokratie häufiger bei größeren Unternehmen, insbesondere LEH

# Bürokratieumfrage 2024

## Von Entlastung nichts zu spüren

Wie haben sich nach Ihrer Einschätzung die bürokratischen Belastungen Ihres Unternehmens **in den vergangenen 5 Jahren** insgesamt entwickelt?

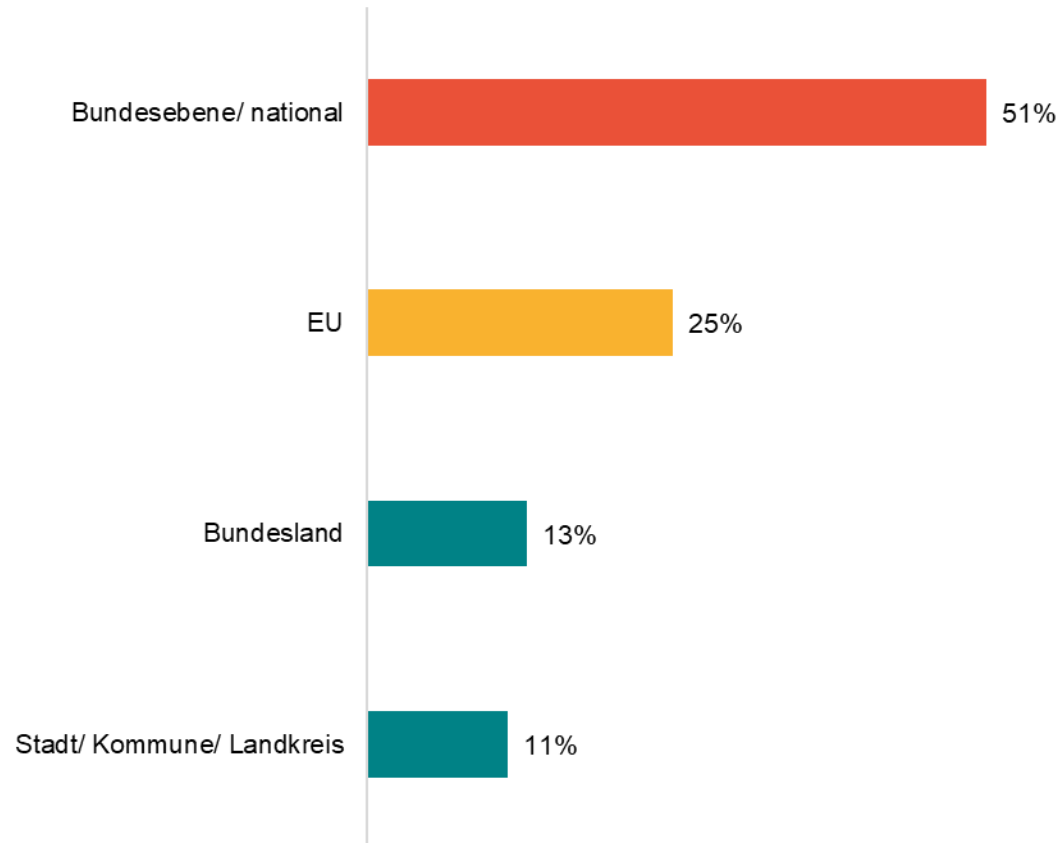


- 97% sehen Negativtrend, fast zwei Drittel deutliche Erhöhung der Bürokratielasten.
- In keinem Bereich sinkende Lasten.
- Besonders häufig zunehmende Belastungen im filialisierten Handel.

# Bürokratieumfrage 2024

## Bundesebene und EU regeln zu viel

Von welcher **Regelungsebene** kommen aus Ihrer Sicht die größten bürokratischen Belastungen?

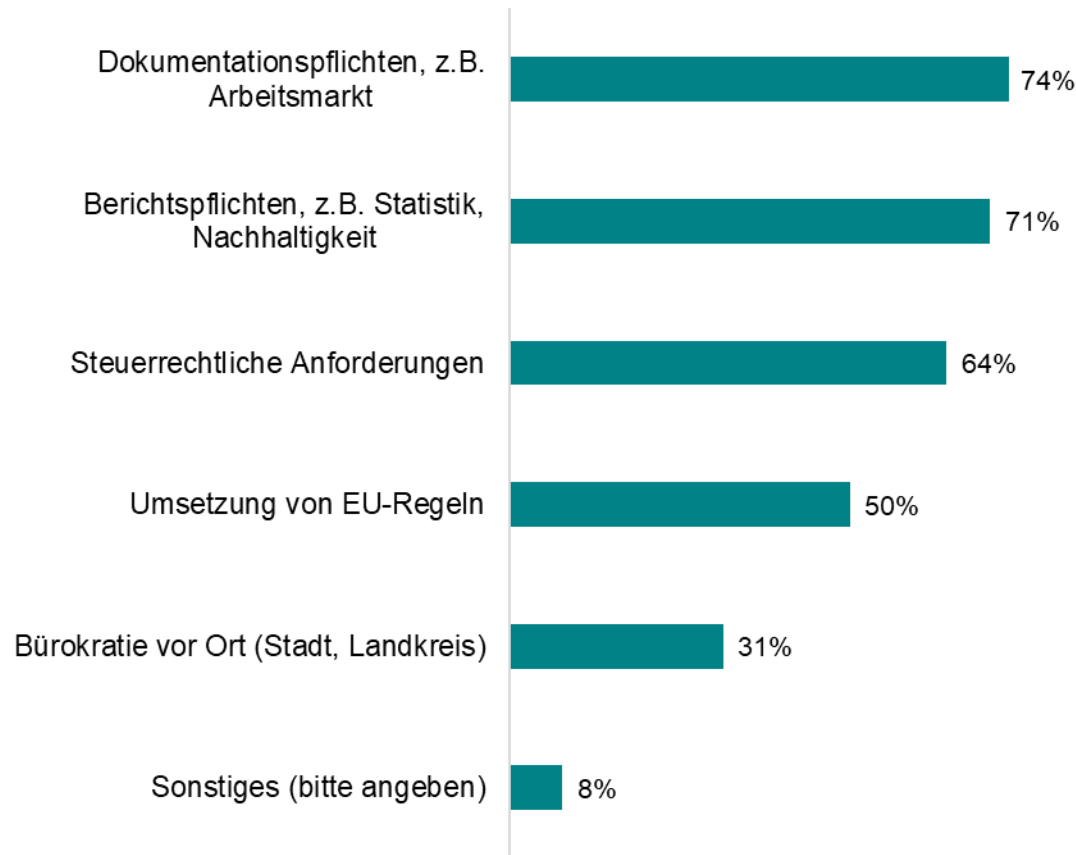


- 51% sehen Bund als größten Bürokratietreiber, für ein Viertel ist dies die EU.
- Besonders größere Unternehmen klagen häufig über die EU als Regelungsgeber.
- Bei kleineren Unternehmen häufig auch Bundesländer im Fokus.

# Bürokratieumfrage 2024

## „viel zu viel Papierkram“

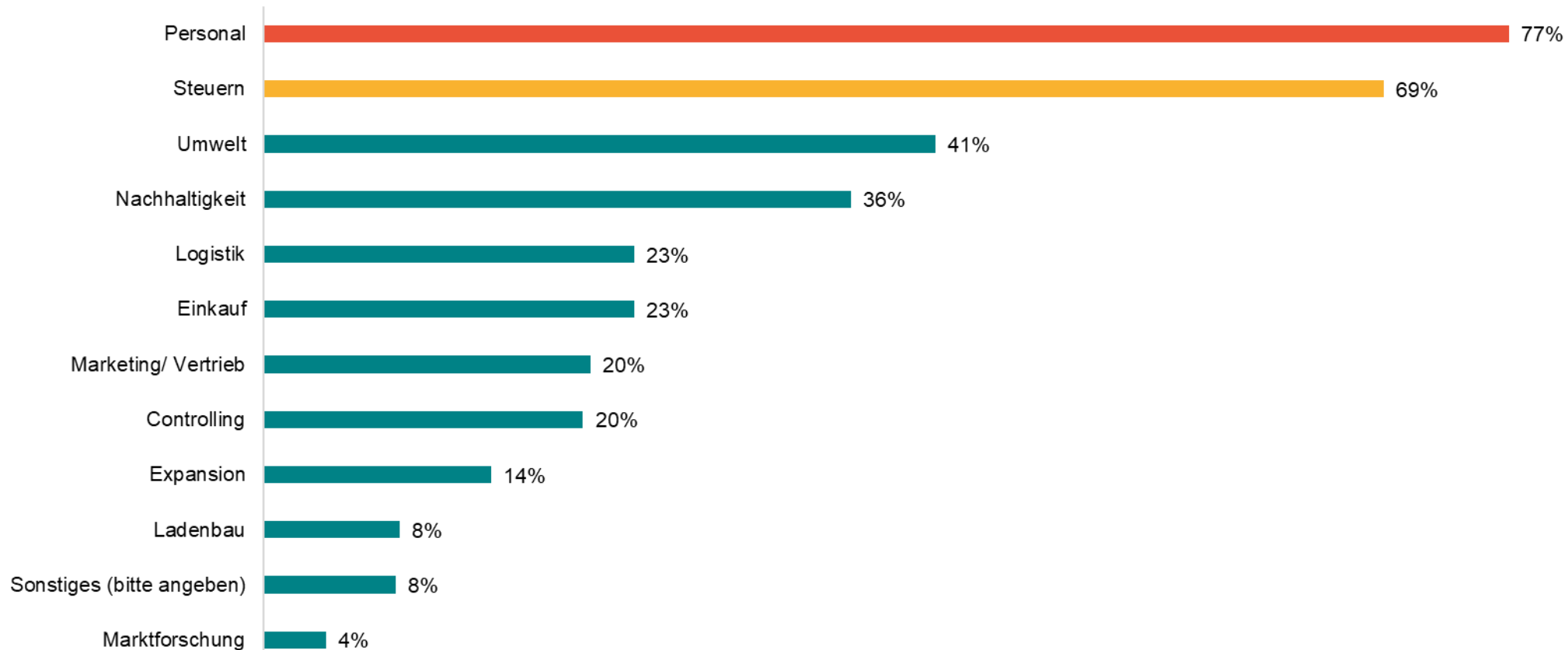
Aus welchen **Bürokratiefeldern**  
kommen die größten Belastungen?  
*Mehrfachnennungen möglich*



- Dokumentations- und Berichtspflichten belasten Unternehmen besonders stark.
- Berichtspflichten und EU-Regeln besonders häufig bei größeren Unternehmen ein Ärgernis.
- KMU klagen vor allem auch über steuerrechtliche Anforderungen.



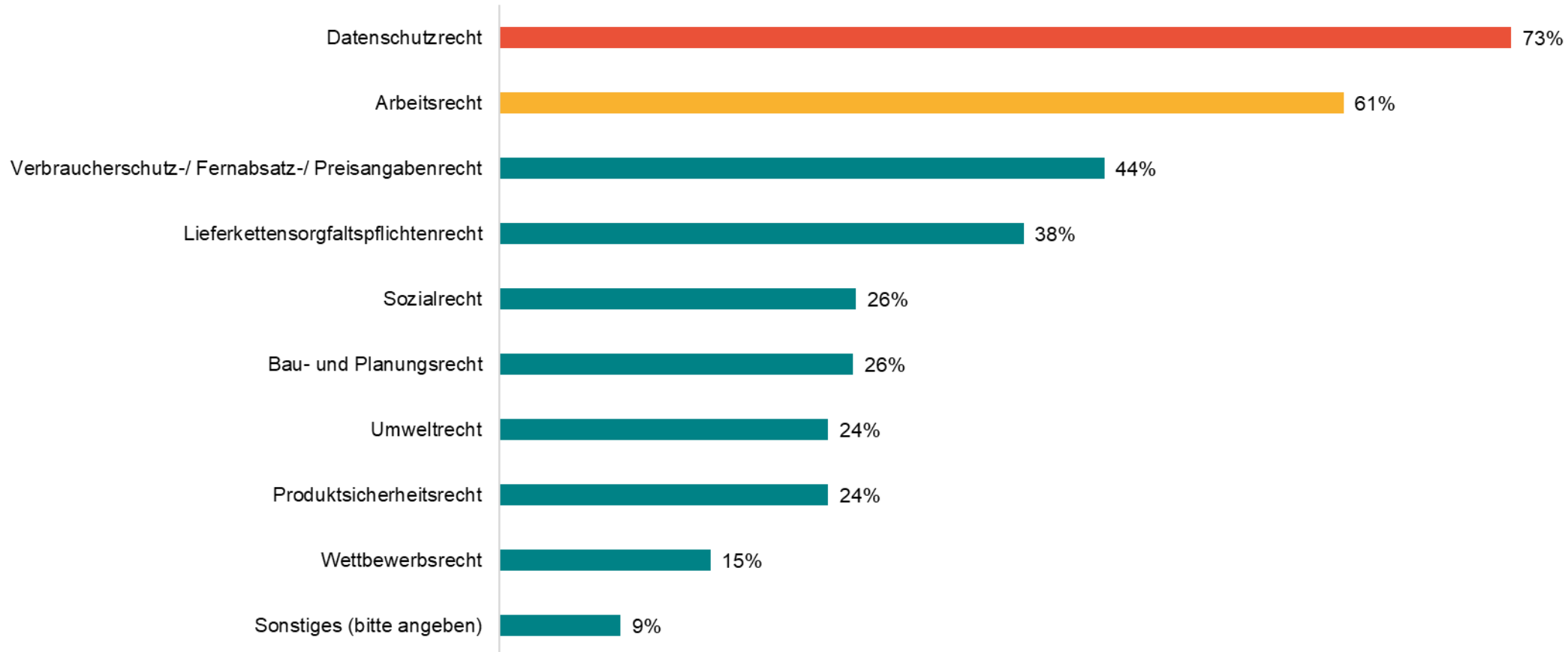
In welchen **Unternehmensbereichen** sehen Sie die größten bürokratischen Belastungen?  
*Mehrfachnennungen möglich*



# Bürokratieumfrage 2024

## Datenschutzrecht und Arbeitsrecht stark betroffen

Welche **Rechtsbereiche** sind in besonders starkem Maße von bürokratischen Belastungen betroffen?  
*Mehrfachnennungen möglich (max. 3 Nennungen)*



# Prioritätenliste Bürokratieabbau 2024

## **Arbeitszeit – mehr Flexibilisierung für eine digitalisierte Arbeitswelt**

Die starre tägliche Höchstarbeitszeit im ArbZG wird den Anforderungen der digitalisierten Arbeitswelt nicht mehr gerecht. Der HDE fordert daher den Wegfall der täglichen Höchstarbeitszeit und einen Wechsel hin zu einer wöchentlichen Höchstarbeitszeit direkt im Arbeitszeitgesetz. Dies schafft mehr Flexibilität, ohne dass sich dadurch die Gesamtwochenarbeitszeit erhöht. Dies wäre auch im Einklang mit geltendem EU-Recht, das ebenfalls von einer wöchentlichen Höchstarbeitszeit ausgeht. Dies ist ein weiterer zentraler Baustein, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf insbesondere für Frauen zu verbessern.

## **Kündigungsschutzgesetz – kleinere Betrieben entlasten**

Das Kündigungsschutzgesetz sollte für Neueinstellungen auf Betriebe beschränkt werden, die mehr als zwanzig Arbeitnehmer beschäftigen; derzeit gilt eine Begrenzung auf 10 Arbeitnehmer. Dies hilft gerade kleineren Betrieben, neue Mitarbeiter einzustellen und sich wirtschaftlich weiterzuentwickeln. Im Falle einer fehlerhaften Betriebsratsanhörung muss diese im Kündigungsschutzprozess nachgeholt werden können. So kann vermieden werden, dass die Kündigung erneut ausgesprochen werden muss. Ein neues Kündigungsverfahren bedeutet neben Bürokratie und hohen Kosten große Rechtsunsicherheit für beide Parteien. Im Betriebsverfassungsgesetz sollte klargestellt werden, dass nur das Unterbleiben der Betriebsratsanhörung zur Unwirksamkeit der Kündigung führt.

## **EU-Entgelttransparenzrichtlinie – Umsetzungsfrist ausschöpfen**

Mit der Umsetzung der EU-Entgelttransparenzrichtlinie drohen erhebliche bürokratische Mehrbelastungen für Unternehmen jeder Größe. Hier ist auf eine möglichst praxistaugliche Umsetzung hinzuwirken. Zudem muss die Umsetzungsfrist in nationales Recht bis Juni 2026 voll ausgeschöpft werden.

## **Arbeitszeitdokumentation – schlankere Lösung ermöglichen**

Arbeitgeber trifft eine Pflicht zur Arbeitszeiterfassung. Die damit verbundenen Dokumentationspflichten sind zu entschlacken. In einer Branche, die viele Minijobber beschäftigt, ist es von großer praktischer Relevanz, für geringfügig Beschäftigte nur die Dauer der geleisteten Arbeit aufzuzeichnen.

## **Bundesdatenschutzgesetz – zusätzliche Regeln streichen**

Die zusätzlichen nationalen Regelungen im Bundesdatenschutzgesetz zur Benennung eines Datenschutzbeauftragten sollten gestrichen werden. Damit würden EU-weit einheitlich die Regelungen der DSGVO gelten. Die in der Wachstumsinitiative der Bundesregierung vereinbarte Anhebung des Schwellenwertes für die verpflichtende Benennung eines Datenschutzbeauftragten von derzeit 20 auf 50 Mitarbeiter ist zwar ein Schritt in die richtige Richtung. Die konsequente Verwirklichung des risikobasierten Ansatzes im Datenschutzrecht erfordert jedoch die Streichung der überschießenden nationalen Vorschriften zur Benennung eines Datenschutzbeauftragten im BDSG.



# Prioritätenliste Bürokratieabbau 2024

## **Energieeffizienzgesetz – Regeln entschlacken**

Das Energieeffizienzgesetz bringt umfangreiche Berichtspflichten mit sich, die jedoch kaum zur beabsichtigten Energieeffizienz beitragen werden. Handelsunternehmen werden gezwungen sein, mehr Fachkräfte einzustellen, um die Berichtspflichten zu erfüllen – und das in Zeiten des Fachkräftemangels. Auch vor dem Beschluss des Gesetzes hatte der Handel Probleme, Energieauditorinnen, Zertifizierer und Umweltgutachter zu bekommen. Das Problem verschärft sich durch das Gesetz weiter.

## **Ausbau von Photovoltaik - Hürden abbauen**

Der regulatorische Flickenteppich aus unterschiedlichen Ansätzen zum verpflichtenden PV-Ausbau und dazugehörigen Anlagenvorgaben erschwert den Ausbau, führt zu Verzögerungen, verteuert den Prozess und bewirkt, dass Handelsunternehmen weniger in den PV-Ausbau investieren. Damit Unternehmen in den PV-Ausbau investieren, sollten PV-Anlagen nur für den eigenen Verbrauch weiterhin möglich sein. Aktuell ist in manchen Bundesländern eine bestimmte Mindestmodulfläche in Quadratmetern vorgesehen, um die PV-Pflicht zu erfüllen.

Um die Ziele für den PV-Ausbau und Ausbau von Ladeinfrastruktur zu erreichen, bedarf es dringend einer Vereinheitlichung der Anforderungen für Netzanschlussverfahren und einer schnelleren Digitalisierung der Prozesse: Aktuell kommt es aufgrund von unterschiedlichen Anforderungen der Verteilnetzbetreiber (VNB) für den Netzanschluss und die -anmeldung (einzureichende Formulare, Anforderungen an die Dokumentation) zu zeitlichen Verzögerungen und Mehraufwand. Auch die technischen Anschlussbedingungen (TABs) sind dringend zu vereinheitlichen.

## **Planungs- und Genehmigungsverfahren – beschleunigen und vereinfachen**

Lange Planungs- und Genehmigungsverfahren verzögern Aktivitäten über alle Wirtschaftszweige hinweg, blockieren Investitionen und behindern den dringend erforderlichen Erhalt und den Ausbau der Infrastrukturen, die mittlerweile mit den Anforderungen an einen wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort nicht mehr Schritt halten.

## **Nachhaltigkeitsberichterstattung - weniger Pflichten, mehr Ressourcen für Kerngeschäft**

Die Anforderungen an Handelsunternehmen im Nachhaltigkeitsbereich steigen stetig. Es treten immer mehr Gesetze in Kraft, die nicht aufeinander abgestimmt sind, die Erfassung großer Datenmengen erfordern und innerhalb kürzester Zeit umgesetzt werden sollen. Der Handel braucht mehr Zeit und einfachere Standards, um die neuen Anforderungen für ein nachhaltiges Management der Lieferketten rechtssicher umzusetzen.

## **Amtliche Statistik – besser vernetzen**

Für die öffentliche Statistik sollten primär bereits erhobene Daten genutzt werden. Für den Einzelhandel wäre beispielsweise zu prüfen, ob Daten aus der amtlichen Preisstatistik auch für Zwecke der Umsatzstatistik verwendet werden können. Bestehende Datenquellen müssen besser vernetzt und digitalisiert werden. Dies ist auch die Voraussetzung dafür, dass Doppelerhebungen vermieden werden. Darüber hinaus sollten im Zuge der Digitalisierung der steuerlichen Verfahren überbordende Dokumentationspflichten zulasten der Unternehmen abgeschafft und die Aufbewahrungspflichten verkürzt werden.